

# Jahresbericht des Präsidenten 2011

## 1. Überblick

Auch im vergangenen Jahr wurde der Verband auf verschiedenen Ebenen gefordert. In personeller Hinsicht stand die Neuwahl des Präsidiums im Mittelpunkt. An der GV vom 13. April 2011 stellten sich insgesamt drei Bewerber für die Nachfolge des abtretenden Präsidenten Ruedi Amrein zur Wahl. Im dritten Wahlgang machte der Reidener Gemeindepräsident Hans Luternauer das Rennen. Der ehemalige Kantonsratspräsident leitet seither die Geschicke des Verbandes und kann sich nicht über mangelnde Arbeit beklagen. Der Vorstand traf sich 2011 zu 10 ordentlichen Sitzungen. Die fünf Bereiche kamen durchschnittlich zu je 6-8 Sitzungen zusammen und behandelten unzählige Geschäfte. So wurden im vergangenen Jahr Stellungnahmen zu 16 Vernehmlassungen erarbeitet. Dabei war auch diejenige zum neuen Kindes- und Erwachsenenschutzrecht (K-ESR) darunter. Daneben waren wiederum unzählige Gemeinderatsmitglieder in kantonalen Arbeitsgruppen für den VLG aktiv und vertraten darin die Interessen der Gemeinden. Erstmals im „Einsatz“ waren schliesslich in einzelnen Bereichen die neu gebildeten Regionalkonferenzen. Diese entpuppten sich als sehr gutes Instrument im Rahmen der Kommunikation und Meinungsbildung innerhalb des Verbandes. Die Meinungen und Befindlichkeiten der verschiedenen Regionen können so direkt in die Bereichsarbeit und später auch in die Vorstandsarbeit einfließen. Inhaltlich standen vor allem die Revision des Finanzausgleiches, die Vorarbeiten zum Wirkungsbericht Finanzreform '08 sowie das neue Kindes- und Erwachsenenschutzrecht (K-ESR) im Mittelpunkt der Verbandsaktivitäten.

Der VLG wurde nach der Pflegefinanzierung im vergangenen Jahr durch das neue Kindes- und Erwachsenenschutzrecht (K-ESR) sowie durch die neue Gewässerschutzverordnung erneut wieder durch eine Bundesgesetzgebung vor vollendete Tatsachen gestellt. Es herrscht allgemein die Ansicht, dass der Gesetzgeber dabei überbordnet hat und einmal mehr der Vollzug eines Gesetzes direkt an die unterste Staatsebene weitergegeben wurde, ohne dabei an die praktischen Folgen zu denken, sei dies in finanzieller oder auch organisatorischer Hinsicht. Zusammen mit dem Schweizerischen Gemeindeverband ist man zur Einsicht gelangt, dass die Gemeinden vermehrt in Bern direkt lobbyieren müssen, um solche weiteren Gesetze zu verhindern.

So gelang es 2011, insgesamt viele Punkte, welche im Schwerpunktprogramm des VLG aufgeführt sind, anzupacken, ja gar teilweise zu erfüllen. Trotzdem bleiben noch viele weitere Aufgaben zu lösen und stets kommen neue Herausforderungen dazu.

## 2. Aus den einzelnen Fachbereichen

Nachfolgend werden die wichtigsten Geschäfte aus den fünf Fachbereichen erwähnt. In der Regel werden alle Geschäfte des VLG vorerst einem Fachbereich zugewiesen, der daraus ein Vorstandsgeschäft vorbereitet oder im Rahmen seiner Kompetenzen selber entscheidet. Einige wenige Dossiers werden direkt durch den Vorstand zentral geführt. Die einzelnen Fachbereiche führen ihre eigenen Regionalkonferenzen durch, wo sich die einzelnen Ressortverantwortlichen aus den Gemeinden treffen.

## **2.1 Bereich Bau, Umwelt, Wirtschaft und Verkehr (Bereich BUWD)**

Nach der Neuwahl des zuständigen Regierungsrates erfolgte im Bereich eine erste Kontaktnahme mit dem neu gewählten Departementsvorsteher Robert Küng. Es ist wichtig, dass die Bereiche zu den zuständigen Regierungsräten einen guten Kontakt pflegen.

### **Wasserbaugesetz und Planungs- und Baugesetz als komplexe Baustellen**

Zwei ganz grosse Brocken lagen im vergangenen Jahr in verschiedener Ausprägung beim Bereich BUWD. Die Arbeiten zur Revision des Wasserbaugesetzes wurden letztes Jahr angestossen und verschiedene Vertreter aus Luzerner Gemeinden arbeiteten in einer departementalen Arbeitsgruppe mit. Das Wasserbaugesetz ist eine Pendeuz der sog. „C-Geschäfte“, d. h. Geschäfte, die in der Finanzreform '08 aus diversen Gründen keinen Platz mehr fanden. Beim Planungs- und Baugesetz (PBG) konnten per Ende Jahr die Vorarbeiten praktisch abgeschlossen werden. Somit ist der Weg frei für die Vernehmlassungsvorlage. Auch in dieser Phase wird der VLG nochmals gefordert sein. Bei diesen beiden Projekten gelang es in fast mustergültiger Art und Weise, den VLG frühzeitig bei der Erarbeitung von Gesetzesvorlagen einzubeziehen.

### **Leitfaden und Musterreglement zu den Feuerwerken**

Da sich die Luzerner Polizei aus dem Bewilligungswesen betreffend Feuerwerke weitestgehend zurückgezogen hat, war es die Aufgabe des VLG, hier tätig zu werden. Der Bereich erarbeitete in der Folge einen Leitfaden und ein kommunales Musterreglement zur Bewilligung für Feuerwerke, welches in den Gemeinden rege Anwendung findet. Gleichzeitig konnte mit der Luzerner Polizei auch das lang erwartete überarbeitete Vademecum gegenseitig unterzeichnet und den Gemeinden zur Verfügung gestellt werden. Das Vademecum regelt die Zuständigkeiten zwischen den Gemeindebehörden und der Luzerner Polizei.

### **Mithilfe beim Leitfaden zu einem Siedlungsleitbild**

Der Bereich BUWD war ebenfalls beteiligt bei der Erarbeitung eines Leitfadens für ein Siedlungsleitbild. Dieser wurde von rawi erarbeitet und gibt den Gemeinden eine gute Grundlage zur Weiterentwicklung ihrer Zonenplanung.

### **Gewässerschutzgesetz als Zankapfel**

Das neue Gewässerschutzgesetz resp. die Verordnung dazu bereitete bereits 2011 vielen Gemeinden Kopfzerbrechen. Es geht dabei vor allem um die Gewässerabstände. Wird auf Bundesebene weiterhin an dieser Verordnung festgehalten, werden die Gemeinden in der Raum- und Zonenplanung vor unlösbare Probleme gestellt. Es wird für das Jahr 2012 eine grosse Herausforderung sein, hier einen vernünftigen Weg finden zu können. Der VLG ist in diesem Zusammenhang auch direkt an Luzerner Bundesparlamentarier gelangt.

## **2.2 Bereich Bildung und Kultur (Bereich BKD)**

Für den Bereich Bildung und Kultur ging mit der Abstimmung im Mai 2011 über das revidierte Volksschulbildungsgesetz eine grosse Baustelle zu Ende. Die Stimmberechtigten sagten so u.a. ja zur freiwilligen Basisstufe resp. zum zweijährigen Kindergarten. Beim Thema Musikschulen konnte ein Durchbruch bei den Kantonsbeiträgen erzielt werden. Stets standen dabei natürlich auch die steigenden Kosten für die Gemeinden im Bildungswesen im Mittelpunkt. Dazu kam eine erste Kontaktnahme mit dem neugewählten Regierungsrat Reto Wyss zustande.

### **Abstimmung über das revidierte Volksschulbildungsgesetz**

Nachdem die Gesetzesrevision den Kantonsrat passiert hatte, kam es im Mai 2011 zu einer Volksabstimmung. Der VLG war im befürwortenden Komitee aktiv. Die Stimmberechtigten stimmten der Vorlage mit grossem Mehr zu. Die Gesetzesänderung mit der freiwilligen Basisstufe resp. mit einem freiwilligen zweijährigen Kindergarten gibt den Gemeinden im Bereich der Schuleingangsstufe mehr Handlungsfreiheit und es kann damit gleichzeitig auf die Bedürfnisse der heutigen Gesellschaft eingegangen werden. Beim Vollzug stellten sich im Nachgang zur Abstimmung allerdings noch einige Detailfragen, die es zusammen mit der Dienststelle Volksschulbildung (DVS) zu klären galt.

### **Wirbel um Verordnungsänderungen im Volksschulwesen**

Im Sommer 2011 wurden die meisten Gemeinden durch verschiedene Verordnungsänderungen in Zusammenhang mit der Ausgestaltung der Sek-Stufe überrascht, obwohl der Kantonsrat an der Sek-Stufe im Rahmen der Revision des Volksschulbildungsgesetzes keine Änderungen beschlossen hatte. Für einige Gemeinden wird die Verordnungsänderung Konsequenzen in Bezug auf die Ausgestaltung der Sek-Stufe haben. Der VLG schaltete sich inhaltlich nicht in diese Diskussion ein, doch bemängelte er die Informationspolitik des Departementes resp. der Dienststelle Volksschulbildung. Der Bereich Bildung wurde im Mai 2011 nur rudimentär über die bevorstehenden Änderungen ins Bild gesetzt. Er forderte bei Regierungsrat Wyss ultimativ einen besseren Einbezug in geplante Verordnungen.

### **Ja mit Auflagen zum Projekt „Arbeitsplatz Schule“**

Das Projekt „Arbeitsplatz Schule“ beschäftigte den Bereich und vorher verschiedene Gemeinderatsmitglieder in der entsprechenden Arbeitsgruppe. Nachdem auf Verlangen des VLG aus der ursprünglichen Arbeitsgruppe eine richtige Projektorganisation gemacht wurde, ging es darum, die Interessen des VLG einzubringen. Das gelang leider nur teilweise, sodass der VLG am Schluss zum Projekt nur Ja sagen konnte, falls der Kostenteiler zwischen Kanton und Gemeinden bei der Volksschule bis 2014 um weitere 5% zu Gunsten der Gemeinden gesenkt werde. Vorerst wurde daher seitens des Verbandes nur das Teilprojekt für das Schuljahr 2012/13 freigegeben. Es geht dabei u.a. um die Lektionenentlastung für Klassenlehrpersonen der 5./6. Klassen.

Im Weiteren beschäftigte sich der Bereich mit vielen Vollzugsfragen im Volksschulbereich, so u.a. bei der Sonderschulung. So konnte bei den Musikschulbeiträgen ein Durchbruch erzielt werden. Inskünftig werden im Durchschnitt pro Lernende CHF 350.-- bezahlt und nicht CHF 350.-- pro Lernende als Maximalbetrag. Der Bereich liess sich schliesslich an einigen Sitzungen aus erster Hand direkt durch den Vorsteher des DVS, Dr. Charles Vincent, über aktuelle Geschäfte informieren.

## **2.3. Bereich Finanzen (Bereich FD)**

Der Bereich Finanzen befasste sich im vergangenen Jahr vor allem mit zwei Kernthemen, nämlich mit der Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und dem Wirkungsbericht der Finanzreform '08.

### **Revision Finanzausgleichsgesetz als politische Knacknuss**

Im Rahmen der Revision des Finanzausgleichsgesetzes kam es zu einer grossen verbandsinternen Herausforderung, da zwischen dem Vorstand, dem Bereich und vor allem mit der

verbandsinternen Finanzausgleichsdelegation eine Meinungsdivergenz betreffend Höhe der finanziellen Mittel für den topographischen Lastenausgleich entstand. Der Vorstand sprach sich aufgrund einer geänderten Ausgangslage zwischen Vernehmlassung und Gesetzesbotschaft seitens des Regierungsrats für eine Kürzung der Mittel beim topographischen Lastenausgleich zu Gunsten des soziodemographischen Lastenausgleiches aus. Dieser Entscheid löste vorab in der Region Entlebuch und Hinterland grossen Unmut aus und gipfelte in einer öffentlich ausgesprochenen Austrittsdrohung aus dem VLG aller Entlebucher Gemeinden. Es kam in der Folge zu einer Aussprache zwischen dem Vorstand und den betroffenen Gemeinden. Der Kantonsrat segnete die Gesetzesänderung später ab. Die Entwicklung in diesem Bereich zeigt auf, in welchem Spannungsfeld verschiedener Interessen sich der VLG bewegt.

### **Vorbereitung Wirkungsbericht Finanzreform '08**

Ein grosses und wichtiges Geschäft wurde letztes Jahr ebenfalls aufgegleist. Es geht dabei um den Bericht, der feststellt, ob die Finanzreform '08 effektiv im Sinne der Zielsetzungen umgesetzt werden konnte. Dabei wurden sämtliche Aufgabenbereiche untersucht und verschiedene Gemeinderechnungen miteinbezogen. Der entsprechende Planungsbericht wird erst 2012 erstellt und dann auch im Kantonsrat beraten werden. Für den VLG ist das ein zentrales Geschäft, da es die Aufgabenteilung untersucht und letztlich den Finanzhaushalt zwischen Kanton und Gemeinden regelt.

### **Vernehmlassungsbotschaft für ein Fusionsgesetz unter Dach gebracht**

Ebenfalls in einer Projektgruppe wurde eine neue gesetzliche Grundlage für Gemeindefusionen besprochen. Es ging dabei um das Ziel einer grösseren Rechtssicherheit für fusionswillige Gemeinden. Nach langem Hin und Her konnte ein Kompromiss zwischen einem fixen Pro-Kopf-Beitrag und einem offenen, durch den Regierungsrat zu bestimmenden Beitrag gefunden werden. Hier waren die Inputs der Gemeinderäte sehr wichtig, da diese doch teilweise aus Erfahrungen aus Fusionsdiskussionen profitieren konnten. Das Gesetz soll in die Vernehmlassung gebracht und anschliessend 2012 vom Kantonsrat beraten werden.

## **2.4 Bereich Gesundheit und Soziales (Bereich G+S)**

Auch im Bereich Gesundheit und Soziales galt es im vergangenen Jahr, politisch gewichtige Geschäfte zu behandeln. Dabei wurde auch das bewährte Weiterbildungsangebot des Bereiches rege genutzt.

### **Evaluation zur Pflegefinanzierung gestartet**

Zusammen mit dem Kanton und LUSTAT wurde ein Evaluationsprojekt für die neue Pflegefinanzierung gestartet. Ziel dieses Projektes ist es, die Entwicklung und Wirkung der einzelnen Finanzströme zu beobachten, um später allenfalls Massnahmen zu ergreifen. Der Vorstand stellt sich auf den Standpunkt, dass keine übereilten Änderungen vorgenommen werden sollten, bevor nicht erhärtete Grundlagen vorhanden sind. Die Pflegefinanzierung wurde auch im vergangenen Jahr mehrmals politisch von den Gemeinden hinterfragt, da sie für viele Gemeinden eine massive finanzielle Belastung darstellt. Da und dort wurden Gemeinden von der Höhe der Belastung regelrecht überrascht und es kam u.a. teilweise zu Steuererhöhungen für die Budgets 2012.

### **Projekt AMSL gestartet**

Das Projekt AMSL (Arbeit muss sich lohnen) hat zum Ziel, Fehlanreize im Sozialwesen zu eliminieren. Diese Fehlanreize hat eine kantonale Studie in Form von sog. Schwelleneffekten hervorgebracht. Das heisst, dass es für gewisse Personen u.U. finanziell lukrativer ist, statt einer Erwerbsarbeit nachzugehen, von der Sozialhilfe zu leben. Dies ist sozialpolitisch falsch und muss korrigiert werden. Da hier verschiedene Sozialwerke ineinandergreifen (u.a. auch die Prämienverbilligung), ist dies aber höchst komplex und kostet den Kanton und die Gemeinden Geld. Der VLG sprach sich daher dafür aus, dieses Projekt erst in den Jahren 2014 und 2015 umzusetzen.

### **Externer Auftrag zur Überprüfung der Spitex-Tarife**

Aufgrund der neuen Pflegefinanzierung drängen sich u.a. auch vermehrt private Spitex-Anbieter auf den Markt. Dieser Umstand sowie die Änderung des Abrechnungssystems (u.a. Restkosten der Gemeinden) erfordert eine Überprüfung der Tarife. Der VLG erteilte daher an eine externe Firma einen Auftrag zur Überprüfung und Validierung des Spitex-Tarifes. Es erfolgte auch eine Zusammenarbeitsvereinbarung zwischen dem VLG und den öffentlichen und privaten Spitex Organisationen.

## **2.5 Bereich Justiz und Sicherheit (Bereich JSD)**

Der Bereich Justiz und Sicherheit wurde im vergangenen Jahr vor allem mit zwei Geschäften konfrontiert. Einerseits ist er beim neuen Kindes- und Erwachsenenschutzrecht (K-ESR) verbandsintern federführend, andererseits bei der Reorganisation der Regierungsstatthalter.

### **Neues Erwachsenenschutzrecht als neue Herausforderung**

Das grösste Projekt, das den Bereich JSD zu bewältigen hat, ist das neue Erwachsenenschutzrecht (K-ESR), bei welchem der VLG den Lead hat. Dieses soll im Jahr 2013 umgesetzt werden. Es wurden gegen Ende 2010 erste Eckwerte definiert und 2011 werden erste grosse Projektarbeiten an die Hand genommen. Eine professionelle Projektorganisation mit einer Projektsteuerung und einer Projektleitung wurde installiert. Im Vordergrund standen dabei die Bildung der einzelnen K-ESR-Kreise, nachdem der Kantonsrat die Vorlagen im letzten Quartal 2011 gutgeheissen hatte und dabei keine Mindestgrösse für die einzelnen Kreise verlangte. Bereits 2011 wurde erkannt, dass die eingestellten Beiträge in den Budgets 2012 wohl nicht ausreichen würden. Der VLG gelangte deshalb an den Kanton und ersuchte diesen um einen Beitrag an die Projektkosten. Es wurde auch festgestellt, dass man sich in einem sehr engen Zeitplan befindet, soll doch das neue Gesetz per 1.1.2013 umgesetzt werden.

### **Reorganisation Regierungsstatthalter**

Als Pendenz der Neueinteilung des Kantons in Gerichts- und Verwaltungskreise sowie dem Projekt der Wahlkreisreform wurde im vergangenen Jahr das Projekt der Reorganisation der Regierungsstatthalter angegangen. Der VLG konnte mehrere VLG-Vertreter in die kantonale Projektgruppe entsenden. Der Regierungsrat wird im Verlaufe des Jahres 2012 eine entsprechende Vorlage in die Vernehmlassung geben. Der VLG hat seine Position - welche im Bereich vordiskutiert wurde - noch im Dezember 2011 in einem Schreiben an den Regierungsrat dargelegt. Darin führte er aus, dass die Regierungsstatthalter in ihrer jetzigen Form abgeschafft werden können, es aber weiterhin eine starke und kompetente Gemeindeauf-

sicht brauche und die Beratungsfunktion, die viele Gemeinden ausserordentlich schätzen, weiterhin garantiert werden müsste.

## **2.6 Arbeitsgruppe Prozesse und Informatik (FAPI)**

An dieser Stelle sei auf den erstmals separaten Tätigkeitsbericht der Arbeitsgruppe verwiesen. Für den VLG ist dabei zentral, dass er weiterhin eine starke und unabhängige Stellung auch gegenüber dem Kanton im Bereich IT hat. Er versteht sich als Dienstleister zu Gunsten der Gemeinden.

## **3. Kommunikation**

Mit dem elektronischen Newsletter konnten auch im vergangenen Jahr wiederum aktuelle Informationen an die Gemeinden weitergegeben werden. Erneut wurden auch zwei Ausgaben der Gazette publiziert, um einer breiteren Öffentlichkeit die Aktivitäten sowie einzelne Positionen des VLG näherzubringen. Die VLG-Website konnte aktuell gehalten werden und es wurde sichergestellt, dass alle Leitfäden und Empfehlungen, die von den fusionierten Behördenverbänden ausgearbeitet wurden, auf der Website abrufbar sind. Auch im vergangenen Verbandsjahr wurde der Ruf nach verstärkter Kommunikation laut. Der Vorstand hat daher Massnahmen ergriffen, um hier noch einen Zacken zuzulegen. Man hat festgestellt, dass die Informationsbedürfnisse sehr unterschiedlich sind.

### **Politkontakte/Lobbying**

An zwei ordentlichen Gesprächsforen mit dem Regierungsrat konnten wichtige Themen direkt beim Regierungsrat deponiert werden. Wiederum gab es auch ein Treffen mit den im Kantonsrat vertretenen Fraktionschefs. Dabei wird inskünftig vermehrt auf Einzelkontakte gesetzt. Zudem wurde wiederum ein Meinungs austausch mit allen Gemeinderatsmitgliedern, welche auch dem Kantonsrat angehören, durchgeführt. Im vergangenen Jahr waren dies stets 28-30 Kantonsrätinnen und Kantonsräte. Diese Zusammenkunft wurde von den Anwesenden sehr geschätzt und wird pro Jahr mindestens einmal durchgeführt. Im Rahmen von einzelnen Kantonsratsgeschäften kam es zudem zu verschiedenen Kontakten zwischen Bereichsleitenden oder der Geschäftsstelle mit einzelnen Kommissionen des Kantonsrats. Es zeigte sich auch im vergangenen Jahr, wie wichtig gute Kontakte zur Politik und zu den Departementen sind. So gab es auch erstmalige Treffen der einzelnen Bereichsdelegationen mit Vertretungen der einzelnen Departemente. Diese wurden auch von der kantonalen Verwaltung als sehr positiv und konstruktiv empfunden. Ein weiterer Punkt war auch die Intensivierung des Kontaktes mit dem Schweizerischen Gemeindeverband. Dort ist man daran, ein ähnliches Organisationskonzept umzusetzen, wie es der VLG hat. Man kam zur Erkenntnis, dass die Gemeinden bei der Bundesgesetzgebung mehr Einfluss haben müssen.

### **2011 war ein Wahljahr**

Im Frühling fanden Kantonsratswahlen statt. Wiederum beteiligten sich unzählige Gemeinderätinnen und Gemeinderäte an den Wahlen. Die Deputation der Gemeinderatsmitglieder im Kantonsrat konnte bei ca. 29 Mitgliedern praktisch gehalten werden. Es konnte festgestellt werden, dass die Gemeinderatsmitglieder überproportional gute Wahlchancen hatten.

Anlässlich der National- und Ständeratswahlen 2011 wurden in den Personen von Prisca Birrer-Heimo (Rothenburg) und Leo Müller (Ruswil) zwei aktive Gemeinderatsmitglieder in den Nationalrat gewählt.



#### **4. Vernehmlassungen**

Der VLG wurde im vergangenen Jahr zu insgesamt 16 Stellungnahmen eingeladen und arbeitete in der Folge entsprechende Antworten aus. Mit dabei waren wiederum Anhörungen oder einige sog. Untervernehmlassungen zu Händen des Regierungsrates. Der Verband war auch im vergangenen Jahr bemüht, seine Stellungnahmen möglichst rechtzeitig den Gemeinden zur Verfügung zu stellen. Leider ist dies wiederum nicht vollständig geglückt. Vielfach war der vorgegebene kantonale Fahrplan derart eng, dass der Verband selber nicht mithalten konnte. Hier ist der Verband daran, sich noch zu verbessern. Zum neuen Kindes- und Erwachsenenschutzrecht (K-ESR) fanden zwei Info-Veranstaltungen statt.

#### **5. Projekte auf Stufe Vorstand**

Gewisse Projekte sind direkt beim Vorstand angesiedelt. So vertrat Verbandspräsident Ruedi Amrein resp. sein Nachfolger Hans Luternauer den VLG auch im vergangenen Jahr im Projekt Agglo-Programm, wo es auch um den Tiefbahnhof geht sowie in der Stiftung Wirtschaftsförderung. Sodann waren Vorstandsmitglieder in verschiedenen Projektsteuerungen engagiert und Vorstandsmitglied Irene Keller ist ständiges Mitglied des Verbundrates öffentlicher Verkehr (VVL), zusammen mit Willi Bucher (Wolhusen), Ursula Stämmer-Horst (Luzern) und Matthias Senn (Kriens), welche als Gemeindevertreter amten.

#### **6. Dank**

Ich bedanke mich an dieser Stelle bei allen Vorstandskolleginnen und -kollegen, den Leiterinnen und Leitern der fünf Bereiche und Delegationen sowie den unzähligen Gemeindevertreterinnen und -vertretern für ihre Arbeit, die sie letztes Jahr in zahlreichen Projekt- und Arbeitsgruppen geleistet haben. Schliesslich bedanke ich mich bei allen Gemeinden für ihre fristgerechte Begleichung der Jahresbeiträge sowie für das aktive Mitwirken bei Stellungnahmen und Vernehmlassungen und damit auch für das Interesse, welches sie für die Arbeit des VLG entgegen bringen. Ebenfalls einen grossen Dank entrichte ich dem Team unserer Geschäftsstelle unter der Leitung des Geschäftsführers Ludwig Peyer. Sie leistete wiederum umfangreiche und hervorragende Arbeit. Ich durfte als neuer Verbandspräsident bereits ein intensives Verbandsjahr präsidieren und war beeindruckt über die Vielfältigkeit der Aufgaben. Ich freue mich auf die weitere Zeit im VLG und bedanke mich bei meinem Vorgänger Ruedi Amrein für seine grosse Arbeit.

Reiden, im März 2012

*Hans Luternauer, Präsident*